

Wir und Ihr. Kulturelle Fremdheit und religiöse Bedrohung werden konstruiert.

Hubertus Schröer

Mehr als 15 Millionen Menschen in unserem Land haben einen Migrationshintergrund. Diese Zahl aus dem Mikrozensus Mitte vergangenen Jahres hat viele verblüfft, bestimmen die öffentliche Diskussion doch ganz andere Daten. „Das zeigt, dass die Integration weitestgehend gelungen ist, da sie unauffällig blieb“, resümiert der Migrationsforscher Klaus Bade. Wie verträgt sich diese Feststellung mit den aufgeregten Debatten und medialen Feststellungen, Multikulti sei gescheitert, die Integration misslungen, Parallelgesellschaften gefährdeten den sozialen Zusammenhalt und der Islam bedrohe westliche Welt und Werte? Das verträgt sich gar nicht, aber es lässt sich erklären.

Wir blicken auf mehr als ein halbes Jahrhundert Einwanderung zurück - und zugleich auf 50 Jahre missglückte Migrations- und Integrationspolitik. Mag in der Wirtschaftswunderzeit der 1950er und 60er Jahre eine zukunftsorientierte Migrationspolitik noch nicht auf der Agenda gestanden haben, spätestens mit dem Anwerbestopp 1973 hätte diese Notwendigkeit bestanden. Forderungen, Vorschläge und mahnende Stimmen hat es schon damals in Deutschland genug gegeben. Statt dessen war deutsche Politik bestimmt von rein ökonomischen Machbarkeitserwägungen (Gastarbeiteranwerbung), die Zugewanderten waren Objekte staatlicher Abwehr und Ausgrenzung (Ausländergesetzgebung), im Kampf um parlamentarischen Mehrheiten wurden Ausländer – insbesondere in Bayern - regelmäßig zu Sündenböcken (Instrumentalisierung). Kurz: staatliche Politik hat beigetragen zur Ent-Würdigung von Menschen, die Arbeit und Schutz vor Verfolgung suchten. Das war keine Grundlage für gegenseitige Verständigungsprozesse, Deutsche wie Zugewanderten blieben in Distanz zueinander. Die Angebote gesellschaftlicher Integration waren zaghaft und im Wesentlichen von Verbänden, Kirchen, Stiftungen, bürgerschaftlichen Initiativen und von den Kommunen bestimmt. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen und entgegen staatlicher Intention haben die Zugewanderten und ihre Nachkommen enorme Anpassungsleistungen erbracht. Die überwiegende Mehrheit - schlimm, dieses immer wieder betonen zu müssen! - ist friedlich, arbeitet, lebt und wohnt bürgerlich, pflegt familiäre und freundschaftliche Kontakte. Sie ist integriert. Jetzt keimt erstmals Hoffnung auf eine politische Wende, die die Einwanderungssituation konstruktiv aufnimmt. Die vergangene Regierung hat mit dem neuen Staatsangehörigkeits- und Zuwanderungsrecht die faktische Anerkennung als Einwanderungsgesellschaft vollzogen. Die derzeitige Regierung scheint Migration und Integration einen hohen Stellenwert einzuräumen. Integrationsgipfel und Islamkonferenz bringen Bewegung in ein verbarriadiertes Feld.

Der gesellschaftliche Diskurs ist von starken Ambivalenzen geprägt, das macht Kompromisse und Konsens so schwer. Die Veränderung von Raum und Zeit, die Globalisierung von Information und Ökonomie, das wirtschaftliche Gefälle und die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen weltweit machen vor dem deutschen Arbeitsmarkt nicht halt. Die immer nachdrücklicheren Forderungen der einheimischen Wirtschaft sprechen ein deutliches Wort. Diese sich beschleunigenden Entwicklungen machen Angst, die Bevölkerung fühlt sich überfordert. Kulturelle Fremdheit und religiöse Bedrohung werden konstruiert. Eine vermeintliche Leitkultur und nationalstaatliche Rückbesinnung sollen neue Orientierung geben. Die Furcht vor dem Abstieg in prekäre Beschäftigungs- und Lebenslagen wird auf Menschen mit Migrationshintergrund projiziert. „Wir und Ihr“, das Eigene und das Fremde, Abgrenzungen also gewinnen wieder sehr viel stärker an Bedeutung. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie sind in der Mitte der Gesellschaft verankert, wie Wilhelm Heitmeyer die „Deutschen Zustände“ in seiner Dauerbeobachtung zusammenfasst. Und Bayern nimmt auf dem „Index Rechtspopulismus“ einen erschreckenden dritten Rang ein.

Wie können wir lernen, mit diesen Ambivalenzen zu leben und ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen, um allmählich zu einem gedeihlichen Miteinander zu gelangen? Deutsche Politik und Gesellschaft werden sich von einigen Lebenslügen verabschieden und mit lieb gewonnenen Schlagworten kritischer umgehen müssen. Von den Zugewanderten sind Voraussetzungen einzufordern, die eine wechselseitige Integration in der demokratischen Gesellschaft erst möglich machen. Und wir dürfen einander nicht überfordern bei diesen gegenseitigen Erwartungen.

Nationalstaat und Leitkultur

Nationalstaatliche Enge und Globalisierung geraten in Widerspruch. Nationalität als Wahrnehmungskategorie wird zunehmend dysfunktional. Deutschland war schon ohne Zuwanderer eine multikulturelle Gesellschaft mit Männern und Frauen, Jungen und Alten, Katholiken und Protestanten, Heteros und Homos, mit Bildungsbürgern und Randgruppen, mit Nazis und Linken, mit Punks und Hooligans. Manche dieser „inländischen“ Teilgruppen fühlen sich fremd und desintegriert, oft verbindet nicht einmal mehr eine gemeinsam gesprochene und verstandene Sprache, auch wenn jeder glaubt, Deutsch zu reden. Hier finden sich die Herausforderungen komplexer Gesellschaften an Integration. Was heißt dann deutsche Leitkultur? Der Begriff beinhaltet eine statische und altbackene Vorstellung von Kultur. Der moderne Kulturbegriff geht von einem dynamischen Verständnis aus, umfasst ein weites Feld von Zugehörigkeiten, Abgrenzungen, Grenzüberschreitungen, Deutungsmustern und Lebenslagen. Er beinhaltet also unser alltägliches Leben und Arbeiten. Kultur in diesem Verständnis gibt Orientierung, verändert sich mit neuen Herausforderungen und ermöglicht einen Aushandlungsprozess *zwischen* den verschiedenen kulturellen Orientierungen. Darin spiegelt sich ein Verständnis interkultureller Arbeit, das durch Menschen mit Migrationshintergrund nur eine weitere, allerdings auch sehr herausfordernde Facette gewinnt. Lassen wir also das Gerede über eine angebliche Leitkultur. Verabschieden wir uns von immer neuen Abgrenzungsversuchen wie in der Diskussion um Prüfkataloge bei der Einbürgerung. Versuchen wir ein Zuwanderungsrecht zu gestalten, das nicht mehr in Kategorien von „nützlich und ausnützend“ denkt. Und versuchen wir gar nicht erst einen neuen Patriotismus zu beschwören, der sich zwar vom Nationalismus abzugrenzen versucht, aber doch wieder nur Ausgrenzung provoziert. Das Gegenteil ist zukunftsorientiert: Wenn Patriotismus nicht mehr gefordert werden braucht, weil die Anerkennung von Differenz und Diversität, von Minderheiten in unserem Denken und Handeln selbstverständlich verankert ist, dann ist das gesellschaftliche Zusammenleben auf Dauer gesichert.

Integration und Parallelgesellschaften

Integration ist ein längerfristiger und kontinuierlicher Prozess wechselseitiger Veränderungen, der letztlich von Minderheiten größere Anpassungsleistungen erfordert als von der Mehrheitsgesellschaft. Ist die Rede einer deutschen Leitkultur auch anachronistisch, so leben wir doch in einer männlich bestimmten, westlich-kapitalistischen Dominanzkultur, die von Kategorien der Über- und Unterordnung bestimmt ist. Integration hat also mit Machtaspekten zu tun. Ein Machtaspekt ist das polarisierende „Wir und Ihr“, das Fremdheit konstruiert und andere Kultur und Religion in den Vordergrund rückt. Es sind diese Mechanismen von Abgrenzung, die räumliche und mentale Ghettos produzieren. Die „Parallelgesellschaft“ dagegen ist eine Schimäre, die in Deutschland zumindest, (von wenigen Ausnahmen abgesehen), noch keine reale Gefahr ist. Räumliche Segregation und Konzentration sind auch Folgen des Wohnungsmarktes. Sie erleichtern unter dem Aspekt der „Binnenintegration“ gesellschaftliche Einstiegschancen über die vertraute Community, wie die Erfahrungen aller klassischen Einwanderungsländer zeigen. Problematisch wird eine Konzentration, wenn sich in solchen Vierteln soziale Benachteiligungen bündeln. Dagegen ist eine soziale Kommunalpolitik für alle zu richten, die benachteiligte Stadtteile mit entsprechender Infrastruktur ausstattet. „Einwanderungskolonien“ sind dann kein Problem, wenn sie Aufstiegschancen nicht verbauen. Dafür ist Bildung die Schlüsselkompetenz.

Anerkennung und Bildung

Zentral für ihre gelingende Integration ist die Anerkennung von Minderheiten: die wertschätzende Anerkennung der Verschiedenheit und die kompromisslose Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit. Erst auf dieser Basis werden erfolgreiche Bildungsprozesse möglich, weil Menschen eine Perspektive erhalten und deutsche Institutionen auf den Prüfstand kommen, ob sie diesen Herausforderungen von Verschiedenheit und Gleichheit gerecht werden. Inklusion in die Teilsysteme unserer Gesellschaft kann nur gelingen, wenn wir uns selbst, unsere Geschichte und unsere Institutionen kritisch in den Blick nehmen. Da werden wir entdecken, dass es institutionelle Diskriminierungen sind, die schon immer Minderheiten beispielsweise aus dem Bildungssystem ausgeschlossen haben, wie die jüngsten Bildungsstudien eindrucksvoll belegen. Dabei handelt es sich um eine doppelte, sich kumulierende Diskriminierung: nach sozialer Herkunft und nach Migrationsuntergrund. Um dies zu überwinden, bedarf es radikaler Veränderungen. Aus der deutschen Schule muss eine Schule in Deutschland werden, die die soziokulturelle Heterogenität anerkennt und für alle Menschen unseres Landes gleiche Bildungschancen eröffnet und so soziale Gerechtigkeit realisieren hilft. Schule und vorschulische Einrichtungen werden dann auch die Orte sein, wo die dafür grundlegende Kulturtechnik gelernt wird: die deutsche Sprache, die unabdingbar für die gelingende Integration ist und für deren Erwerb in der Vergangenheit zu wenig unternommen wurde. Die soziale Situation in unseren Kommunen erfordert Ganztagschulen und eine pädagogische Reform, die das traditionelle dreigliedrige Schulsystem infrage stellt. Hier hat Bayern Nachholbedarf. Und wir müssen zu einem kommunalen Bildungs- und Integrations-Management kommen, dass die Ressortgrenzen von Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Soziales und Gesundheit überwindet. Eine solche, auf Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zielende interkulturelle Politik kommt allen Menschen zugute, nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund.

Verpflichtung auf Gemeinsamkeiten und Werte

Den Hintergrund dieses Politikverständnisses bilden ethische Grundsätze, die nicht hintergangen werden dürfen - von beiden Seiten, Minderheit und Mehrheit. Es sind dies beispielsweise die Anerkennung universeller Menschenrechte, die Würde des Menschen, seine Unverletzlichkeit, die Gleichstellung von Mann und Frau, die Gewaltlosigkeit von Erziehung, die freie Entscheidungsfähigkeit, gegenseitige Kommunikation und gemeinsame Aushandlungsprozesse. Dafür braucht es keinen nationalen Patriotismus, keine Leitkultur. Das steht in unserer Verfassung, die für alle gilt und von allen ihre Beachtung fordert. Diesen Verpflichtungen nachzukommen erfordert einen fairen Umgang miteinander und eine differenzierte Wahrnehmung, auch und gerade durch die mediale Öffentlichkeit. Natürlich sind Ehrenmorde, Genitalverstümmelung oder Zwangsehen mit unserer Werteordnung unvereinbar. Das kommt leider vor, aber in welchem Umfang? Natürlich sind Eifersuchtsmorde, Kindestötungen, Gewalt in der Ehe und die Vernachlässigung der eigenen Kinder mit unserer Wertordnung unvereinbar. Das kommt leider vor, aber in welchem Umfang? Zu allen diesen Untaten gibt es eine mediale Vermarktung und öffentliche Skandalisierung, die zum Ausmaß in völliger Diskrepanz stehen. (Zum Teil gehen diese Straftaten sogar zurück!) Aber: Während die zweite Gruppe von Straftaten irgendwie „normal“, weil schon immer existent, erscheint, wird die erste Gruppe kulturalisiert und ethnisiert, werden dafür fremde Kultur und Religion verantwortlich gemacht und ihre Angehörigen pauschal verdächtigt und verurteilt. Mit einer Kultur der Anerkennung lassen sich Pauschalisierungen, Stereotypisierungen und ethnisch-kulturelle Zuweisungen nicht vereinbaren.

Wir werden in dieser sich so rasch verändernden Welt lernen müssen, Neugier auf Neues und Fremdes zu entwickeln. Wir werden genauer hinschauen müssen und Differenzierungen lernen. Wir werden einen interkulturellen und interreligiösen Dialog führen, der die Chancen realisiert, die eine ethnisch, kulturell und religiös plurale Gesellschaft eröffnet. Die positive Herausforderung durch den Islam lässt uns über das Eigene nachdenken und überkommene Werte reflektieren. Der Islam der Einwanderer in Deutschland ist eher säkular geprägt, die Chancen für einen deutschen oder

europäischen Islam aus einem Dialog heraus sind erst noch auszuloten. Die Aussiedlung aus dem europäischen und russischen Osten konfrontiert uns mit einem Verständnis von deutschen und christlichen Werten, das uns an unsere Geschichte erinnert und des Nachdenkens wert ist. Und schließlich bringt die Zuwanderung von russischen-stämmigen Juden, auch wenn häufig religiös kaum geprägt, eine Wiederbelebung jüdischer Gemeinden in Deutschland, wie sie erst jüngst im Herzen Münchens eine besondere Repräsentanz gefunden hat.

Gibt es zu dieser Politik eine Alternative? Ich glaube nicht. Gewisse politische Angebote sind keine Alternative, weil sie eine Absage an eine Kultur der Anerkennung und Integration bedeuten. Wer Fremdheit als Bedrohung definiert, den Anderen auf Distanz zu halten trachtet und internationale Migration vorwiegend als Problem der Sicherheit versteht, wird auch bald der eigenen Angst erliegen. Aus Distanz wird Ausschluss, aus Ausstoß kann Verfolgung werden.